

„Neue Politische Ökonomie und der Wohlfahrtsstaat“

VWL-Vorlesung im Sommersemester 2023

Dozent:

Prof. Dr. Steffen J. Roth

steffen.roth@wiso.uni-koeln.de

Blockvorlesung

Konstituierende Sitzung: Mittwoch, 12. April 2023, 19:30 – 21:00 Uhr

Vorlesungsblock I: Samstag, 6. Mai 2023, 8:30 – 21:45 Uhr

Seminarblock II: Samstag, 13. Mai 2023, 8:30 – 21:45 Uhr

Veranstaltungsorte

Veranstaltungsort Konstituierende Sitzung:

S 222 (Modulbau Weyertal)

Veranstaltungsort Blockveranstaltung Samstage:

S 310 (Seminarraum EG Pohligstr. 1)

**Interessenten melden sich bitte
über Klips an und nehmen per mail
Kontakt mit Steffen Roth auf!**

Die Vorlesung richtet sich an fortgeschrittene Teilnehmer des Masterstudienganges Wirtschaftsrecht. Vorausgesetzt werden VWL-Grundkenntnisse, wie sie durch den erfolgreichen Besuch der obligatorischen Vorlesung „Einführung in die VWL“ erworben werden können.

Ein Leistungsnachweis kann im Anschluss an die Vorlesung durch eine mündliche Prüfung erworben werden (2 SWS/3 LP). Eine vollständige Teilnahme am 6. und 13. Mai 2023 ist erforderlich, da die (qualitätsgewichtete) Beteiligung während der Veranstaltung in die Note einfließt.

Die Vorlesung befasst sich im ersten Block mit spezifischen Fragen der „Neuen Politischen Ökonomie“ (NPÖ). Dieser Teilbereich der Ökonomik untersucht die Akteure, Rahmenbedingungen und typischen Vorgänge im politisch-administrativen Entscheidungsprozess. Anschließend verengt sich der Fokus der Vorlesung auf die Betrachtung der wohlfahrtsstaatlichen Einrichtungen in Deutschland. In der Vorlesung werden die soziale Mindestsicherung, die Sozialversicherungszweige und weitere wohlfahrtsstaatliche Politikfelder wie beispielsweise die Familienpolitik einer genaueren Betrachtung unterzogen, Probleme herausgearbeitet, Lösungsansätze skizziert und anhand ökonomischer Kriterien beurteilt.

Masterstudenten Wirtschaftsrecht können je nach Präferenz der Prüfungsform alternativ das speziell für sie angebotene Seminar wählen. (Vgl. dazu die Kurzinfo zum Seminar „Aktuelle Fragen angewandter Wirtschafts- und Sozialpolitik“).